

Sachdokumentation:

Signatur: DS 2323

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2323



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

**ABSTIMMUNGSEMPFEHLUNG****VOLKSINITIATIVE «FÜR EIN BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN»**

Dieses Papier erläutert die Position von up! zur Eidgenössischen Volksinitiative «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen».

up! lehnt diese Initiative ab und empfiehlt die **Nein**-Parole. Die Initiative ist nach Meinung von up!schweiz ein Fundamentalangriff auf die Grundlagen einer freien Gesellschaft. Einerseits würde das bedingungslose Grundeinkommen den heute schon übermässigen Sozialstaat ins Unerträgliche aufblähen und die Zwangsabgabenlast drastisch erhöhen. Andererseits gäbe es dem Staat unmittelbare Kontrolle über einen beträchtlichen Teil des Einkommens jedes Menschen; eine solche Machtkonzentration ist einer freien Gesellschaft unwürdig.

VORLAGE**1. Ziel der Initiative**

Das Ziel der Initiative «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen» ist folgendes: Jede erwachsene Person in der Schweiz erhält automatisch und bedingungslos ein monatliches Grundeinkommen ausbezahlt, jede Person unter 18 Jahre einen Bruchteil davon, beispielsweise einen Viertel. Das Grundeinkommen soll gemäss Initiativtext «ein menschenwürdiges Dasein und die Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglichen»¹, also ein soziokulturelles Existenzminimum gewährleisten. Die Initianten schlagen dafür einen Betrag von 2500 Franken pro Monat für Erwachsene und folglich 625 Franken pro Monat für Kinder vor.

Die Initianten erhoffen sich von der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens zahlreiche Verbesserungen. Einerseits führe ein Grundeinkommen zur Erlösung der Menschen vom Druck der Erwerbsarbeit. Als Folge könnten sich die Menschen Tätigkeiten zuwenden, die sie als erfüllender wahrnehmen. Eine Entkoppelung von Einkommen und Arbeit sei insbesondere auch nötig, da durch zukünftige Technologisierung ein Grossteil der Arbeit verschwinden werde. Andererseits soll ein Grundeinkommen als Zusammenfassung bisheriger Sozialleistungen in einer Hand (so weit durch das Grundeinkommen gedeckt) dienen und den Abbau von Sozialbürokratie bedeuten.

¹ Botschaft des Bundesrates zur Volksinitiative «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen», Kapitel 1.1, <http://www.news.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/36226.pdf>

2. Finanzierung des Grundeinkommens

Im Jahr 2012 hätte das bedingungslose Grundeinkommen Gesamtkosten von rund 208 Milliarden Franken verursacht. Die Initianten behaupten, dass sich ein grosser Teil bisheriger Sozialausgaben durch die Einführung eines Grundeinkommens nicht mehr nötig wären, da es Sozialleistungen in diesem Umfang überflüssig machen würde. Einige bestehende Sozialleistungen (AHV, Sozialhilfe, Stipendien, Familienzulagen) würden in ihrer Höhe vom Grundeinkommen tatsächlich völlig gedeckt, alle anderen Sozialleistungen (IV, EL, EO, ALV, Prämienverbilligungen) werden durch die Höhe des Grundeinkommens jedoch nur teilweise gedeckt und könnten darum auch nur teilweise zur Finanzierung des Grundeinkommens verwendet werden². Der Bundesrat beziffert in seiner Botschaft den durch das Grundeinkommen ersetzten Teil denn auch auf 55 Milliarden Franken von insgesamt 73 Milliarden Franken direkt umverteilter Leistungen³. Demzufolge rechnet er mit notwendigen Mehreinnahmen von 153 Milliarden Franken. Dies entsprach 26% des schweizerischen BIP im Jahr 2012.

Neben den ersetzten rund 55 Milliarden Franken rechnen die Initianten mit Einnahmen von 128 Milliarden Franken durch ein Clearing-Modell, welches bei Personen ab einem gewissen Einkommen das Grundeinkommen nach Auszahlung direkt wieder einziehen würde. Um die dann noch fehlenden 25 Milliarden einzunehmen, schlagen die Initianten unter anderem höhere Mehrwert- und Energiesteuern, eine Enteignung von Pensionskassenvermögen, Einsparungen in der Verwaltung und die Streichung von Agrarsubventionen vor⁴.

² Rudolf Minsch und Fabian Schnell, Bedingungsloses Grundeinkommen? - Leider nein, dossierpolitik, economiesuisse, Oktober 2012,

http://www.economiesuisse.ch/sites/default/files/downloads/dp21_grundeinkommen_print.pdf

³ Ausgaben im Jahr 2012 für AHV, IV, ALV, Familienzulagen, EL, Prämienverbilligungen, EO, Sozialhilfe, div. bedarfsabhängige Sozialleistungen, Quelle: Schweizerische Sozialversicherungsstatistik 2015, S. 16,

<http://www.bsv.admin.ch/dokumentation/zahlen/00095/00420/index.html?lang=de>

⁴ Werner Enz, Die Mär von den schmerzfreien Milliarden, NZZ Online, 3.3.2016,

<http://www.nzz.ch/wirtschaft/wirtschaftspolitik/das-bedingungslose-grundeinkommen-die-maer-von-den-schmerzfreien-milliarden-ld.6165>

- **Erhöhung der Steuerlast**

Aus liberaler Sicht richten Steuern immer in doppelter Hinsicht Schaden an: Sie schaden der Freiheit und sie schaden Wachstum und Wohlstand.

Steuern schaden der Freiheit, weil sie entmündigen: Statt von den Menschen, die Geld erwirtschaften und es nach ihren Vorstellungen ausgeben würden, wird zwangsweise eingenommenes Geld vom Staat ausgegeben. Steuern sind darum mit jeder Weltanschauung, die Eigentum und individuelle Freiheit ernst nimmt, nur schwer vereinbar. Sie können höchstens damit gerechtfertigt werden, dass ihre Erhebung dem Eigentumsschutz dient und schwerere Eingriffe ins Eigentum abwendet. Ein Sozialstaat und insbesondere ein Grundeinkommen lassen sich so nicht rechtfertigen. Der Zwang, den die Steuerlast bedeutet, muss darum unbedingt abgebaut und darf auf keinen Fall verschärft werden. Mit der Erhöhung der Steuerlast um 25 oder 153 Milliarden Franken (je nach Betrachtung) wird die Freiheit aber weiter eingeschränkt.

Steuern schaden Wachstum und Wohlstand, weil sie Leistung bestrafen und Investitionen verhindern: economiesuisse prognostiziert mittels einer Modellrechnung aus dem Jahr 2012, dass die Schweizer Wirtschaftsleistung nach Einführung eines Grundeinkommens um mindestens 17% des BIP einbrechen würde⁵. Doch nicht nur der derzeitige, sondern auch der zukünftige Wohlstand würde durch ein Grundeinkommen geschmälert: Durch das Grundeinkommen würde die Abgabenquote der Schweiz auf rund 68% des BIP anwachsen. Diese Erhöhung der Staatsquote um mehr als 25 Prozentpunkte könnte 2.5 Prozent weniger Wachstum pro Jahr bedeuten⁶.

- **Krasse Machtkonzentration beim Staat**

Das Ziel der Grundeinkommensbefürworter ist es, 2500 Franken pro Monat im Einkommen jedes Menschen durch Staatszuwendungen zu ersetzen. Das soll dazu dienen, Menschen «aus Abhängigkeit zu befreien». Das ist eine krasse Begriffsperversion, da Menschen natürlich so in Abhängigkeit des monopolistischen Staates geraten, während sie vorher ihr Einkommen aus verschiedenen und änderbaren Quellen bezogen haben. Eine so krasse Machtkonzentration beim Staat ist einer freien Gesellschaft unwürdig.

- **Abwendung von gezielter Umverteilung**

Das Ziel eines beschränkten Sozialstaats kann nur sein, denjenigen Gesellschaftsmitgliedern das Überleben zu ermöglichen, die das durch eigene Leistung und freiwillige Zuwendungen nicht könnten. Das Ziel kann nicht sein, einen gleichwertigen Lebensstandard zu gewährleisten wie ein Arbeitseinkommen. da sonst die Zwangsumverteilung ins Unermessliche wächst.

⁵ Minsch & Schnell, 2012

⁶ Bergh, Andreas, and Magnus Henrekson. "Government size and growth: a survey and interpretation of the evidence." *Journal of Economic Surveys* 25.5 (2011): 872-897.

Dies ist jedoch genau das Ziel des Grundeinkommens. Sein Giesskannenprinzip ist weder fair noch effizient. Für die Betreuung von Hilfsbedürftigen ist es auch notwendig zu wissen, aus welchem Grund sie hilfsbedürftig sind. Das Schweizer Sozialsystem mit spezifischen Kassen trägt trotz all seiner Schwächen diesem Umstand besser Rechnung als ein Grundeinkommen.

- **Verwaltungskosten in keinem Verhältnis zur Zwangsumverteilung**

Die wenigen liberalen Verfechter des Grundeinkommens bemühen oft das Argument, dass das Sozialsystem sich durch das Grundeinkommen drastisch vereinfachen würde und so Bürokratie und Kosten eingespart werden könnten. Dieses Argument gilt aber für derzeit besprochene Grundeinkommen überhaupt nicht. Mit dem aktuellen Grundeinkommen würden viele Sozialwerke überhaupt nicht abgebaut, damit blieben Bedürftigkeitsprüfung und Bürokratie erhalten. Ausserdem sind die derzeitigen Verwaltungskosten von circa 3 Milliarden Franken⁷ völlig unbedeutend im Vergleich zu den Mehrkosten von 153 Milliarden Franken, die durch ein Grundeinkommen nötig werden.

- **Entkoppelung von Einkommen und Arbeit erzeugt Egoismus**

In der Schweiz gibt es keinen Arbeitszwang, und das ist auch gut so. Das ist Freiheit. Wer nicht arbeiten will, der soll jedoch auch die Konsequenzen seiner Entscheidung tragen. Das ist Selbstverantwortung. Die Initianten sind auf dem Holzweg, wenn sie behaupten, dass das Grundeinkommen die Anreize erhöhe, anderen Menschen zu helfen. Tatsächlich ist die Marktwirtschaft bereits ein System der gegenseitigen Hilfe, in dem wir mittels Arbeitsteilung Arbeiten für einander verrichten und uns gegenseitig entschädigen. In einer Marktwirtschaft kommt zu Geld, wer die Bedürfnisse anderer Leute befriedigt und sich ihre Wertschätzung verdient. Wer lieber seine eigenen Bedürfnisse befriedigt und z. B. Kunstwerke kreiert, für die niemand bezahlen will, soll das dürfen; dafür anderen Menschen unter Zwang Geld abzunehmen ist jedoch Egoismus.

- **Ängste vor Massenarbeitslosigkeit unbegründet**

Schon immer hat Technologie in den Menschen Angst hervorgerufen, dass ihnen bald die Arbeit ausgeht – und schon immer erwies sich diese Angst als unbegründet. Zwar führt Technologisierung dazu, dass immer weniger menschliche Arbeitskraft für die heute bekannten Produkte eingesetzt werden muss. Dieser Technologieeinsatz macht Produkte jedoch günstiger und ermöglicht es den Konsumenten so, mehr, andere oder völlig neue Produkte zu kaufen. Das wiederum stärkt die Nachfrage nach Arbeitskräften. Beispielsweise stieg die Anzahl Bankschalterangestellten in den USA seit den 70er-Jahren trotz der Einführung von Bankautomaten, weil die Automaten die Betriebskosten einer Zweigstelle senkten und die Nachfrage nach Angestellten wieder erhöhten⁸. In England und Wales schuf Technologie in den letzten 144 Jahren

⁷ Lukas Rühli, Einkommen ohne Grund, avenir standpunkte, Avenir Suisse, 2012, <http://www.avenir-suisse.ch/37222/einkommen-ohne-grund/>

⁸ James Bessen, Toil and Technology, Finance & Development, März 2015, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/fandd/2015/03/bessen.htm>

mehr und bessere Arbeitsplätze, als sie vernichtete⁹. Arbeit verschwindet also nicht, sondern entwickelt sich. Diese Entwicklung macht keinesfalls ein Grundeinkommen notwendig.

- **Zentralisierung der Sozialhilfe**

Das Grundeinkommen mag die Sozialhilfe ersetzen, würde sie aber gleichzeitig von der Gemeindeebene auf die Bundesebene verlagern. Tatsächlich krankt die Sozialhilfe zwar heute schon an zentralistischen Empfehlungen, die ihren Weg in Gesetze finden. Dennoch kann durch die Regelung der Sozialhilfe auf Gemeindeebene noch ein Wettbewerb der Systeme stattfinden, der zu Effizienz und dem Ausprobieren neuer Lösungsansätze anstiftet. Statt Leistungen weiter zu zentralisieren, sollte das Schweizer Sozialsystem wieder vermehrt auf Gemeindeebene angesiedelt werden, wo Kostenwachstum und Mitteleinsatz von den Zahlern besser überwacht werden können.

08.04.2016 / Simon Scherrer

⁹ Ian Stewart, Debratim De and Alex Cole, Technology and people: The great job-creating machine, Deloitte, 2015, <http://www2.deloitte.com/uk/en/pages/finance/articles/technology-and-people.html>